

## Protokoll der Sitzung des landesweiten Gremiums Fußverkehr Berlin

9. November 2023, 11:00 bis 15:00 Uhr

Ort: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Rittersaal,  
Am Kölnischen Park 3, 10179 Berlin

### Teilnehmende Mitglieder:

Bauer, Uta	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Brand, Sebastian	BSR
Fritsche, Laura	Straßen- und Grünflächenamt, Bezirk Mitte
Fuhrmann, Angela	Ordnungsamt, Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf
Grätz, Helmut	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Irscher, Kathrin	Landespolizeidirektion, Fachstab Verkehr
Jung, Gabi	Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Berlin e.V. (BUND)
Petters, Harald	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Probst, Herbert	Landessenorenbeirat Berlin
Röll, Dr. Verena	TU Berlin, Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung
Sprenger, Daniel	Architektenkammer Berlin
Stimpel, Roland	FUSS e.V.
Theimer, Amadeus	Straßen- und Grünflächenamt, Bezirk Mitte
Urban, Luise	Straßen- und Grünflächenamt, Bezirk Marzahn-Hellersdorf
Voigt, Jan	Ordnungsamt, Bezirk Steglitz-Zehlendorf

### Für die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU):

Hellenbach, Dr. Michael	Referat IV A 1-2 (ab TOP 2)
Leckel, Saskia	Referat IV F 31
Orbeck, Dan	Referat IV F / IV F 3
Reupke, Hartmut	Abteilung IV Mobilität
Stutz, Dr. Claudia	Staatssekretärin
Wisken, Dr. Lea	Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

### Gast:

Schlag, Prof. Dr. Bernhard	TU Dresden
----------------------------	------------

Moderation: Heinrichs, Dr. Eckhart | Ramboll

Protokoll: Windmüller, Daniel | Ramboll

## **TOP 1: Begrüßung, Organisatorisches und Eingangsstatements**

Herr Dr. Heinrichs (Ramboll) begrüßt als Moderator die Teilnehmenden. Die Anwesenden haben keine Einwände gegen einen Audiomitschnitt der heutigen Sitzung für die Protokollführung. Das Protokoll des letzten Gremiums Fußverkehr vom 06.07.2023 wurde abgestimmt und auf der Webseite der SenMVKU veröffentlicht.<sup>1</sup>

Frau Dr. Stutz (Staatssekretärin für Mobilität und Verkehr) begrüßt alle Anwesenden und berichtet über aktuelle Themen und Vorhaben:

- Zunächst bekennt sie sich zur Mobilitätswende und will diese u. a. durch bessere Bedingungen für den Radverkehr vorantreiben. Berlin hat im Vergleich zu anderen Städten günstige Rahmenbedingungen, wie z. B. eine niedrige Pkw-Dichte und ein dichtes ÖPNV-Netz.
- Das Thema Verkehrssicherheit hat Priorität. SenMVKU hat mit allen Bezirken eine Rahmenvereinbarung zur zentralen Umsetzung von Fußgängerüberwegen, Gehwegvorstreckungen und Mittelinseln geschlossen.
- Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Klimaanpassung stellen neben dem Verkehrszweck wichtige Anforderungen an die Gestaltung von Straßen dar. Ein aktuelles Beispiel für die Verbesserung von Platzgestaltungen ist der Europaplatz am Hauptbahnhof.
- Beim wichtigen Thema Barrierefreiheit hat der Ausbau der Aufzüge an den U-Bahnhöfen Priorität.
- Die Ausstattung von Lichtsignalanlagen (LSA) mit Countdown-Anzeigen soll sukzessive im Rahmen von ohnehin geplanten LSA-Projekten erfolgen.
- Der Fachkräftemangel in der Verwaltung, bei planenden und ausführenden Firmen sowie Lieferengpässe bei Materialien, erschweren die Maßnahmenumsetzung.
- Die Nutzung von E-Scootern wird stärker reguliert. Dazu gehört u. a. die Deckelung der stadtweiten Anzahl an Rollern und die Verpflichtung der Firmen zur Datenlieferung, die eine Evaluation der Nutzung ermöglicht. Ferner soll die BVG weitere jelbi-Stationen einrichten.

---

<https://www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/verkehrsplanung/fussverkehr/akteure-und-gremien/gremium-fussverkehr/>

Danach stellen sich alle Teilnehmenden kurz vor. Die TU Berlin, Fachgebiet für integrierte Verkehrsplanung, wird ab sofort durch Frau Dr. Röhl vertreten.

Anschließend ist Gelegenheit für Fragen und Hinweise an die Staatssekretärin:

- Der FUSS e.V. erkundigt sich nach der geplanten Änderung des Mobilitätsgesetzes. Frau Dr. Stutz berichtet, dass die Ergänzung zum Wirtschaftsverkehr erfolgt ist. Außerdem gibt es einen Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion, der zunächst in der Koalition beraten wird. Anschließend erfolgt die fachliche Einbindung der SenMVKU.
- Frau Dr. Stutz fragt, ob ein gemeinsames Gremium zum Fuß- und Radverkehr sinnvoll wäre. Die Mitglieder sprechen sich deutlich für den Erhalt eines eigenen Gremiums für den Fußverkehr aus. Es gibt ausreichend Themen und Diskussionsbedarf und es wird die Gefahr gesehen, dass der Fußverkehr und seine Bedeutung im Verbund mit anderen Verkehrsarten zu kurz kommen würde. Frau Dr. Stutz sagt die Fortführung der selbstständigen Gremien für den Fuß- und Radverkehr zu und bittet die Teilnehmenden darum, thematische Schnittmengen zu beachten.
- Herr Prof. Schlag (Gast, ehemals TU Dresden) nimmt wahr, dass der Fußverkehr bundesweit nach wie vor unter dem Radar läuft und nicht die Aufmerksamkeit hat, die er verdient. Mit Verweis auf mögliche Änderungen des Mobilitätsgesetzes berichtet er, dass bundesweit positiv auf die bisherige Fassung des Gesetzes geschaut wird.
- Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familien sagt, dass das Verkehrssicherheitsforum seit Jahren ausgesetzt ist. Aus der Verkehrssicherheitskonferenz hat er die Anregung mitgenommen, bei Gehenden von den „stärksten Verkehrsteilnehmenden“ zu sprechen, anstelle von den „Schwächsten“, da sie sich mit eigener Kraft fortbewegen. Außerdem erinnert er daran, dass auch das Schulgesetz Aussagen zur Mobilität macht, z. B. dass in Fragen der Schulwegsicherheit die Schulkonferenz anzuhören ist. Als aktuelles Beispiel führt er die geplante Aufhebung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Handjerystraße zugunsten einer Fahrradstraße an.
- Der BUND plädiert für eine stärkere Angebotsplanung zur Fußverkehrsförderung.
- Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf verweist darauf, dass die Vereinbarung zum Verkehrsüberwachungsdienst zum 31.12.2023 ausläuft. Bei ausbleibender Fortsetzung blieben viele Ordnungsaufgaben liegen.
- Die BVG fordert eine stärkere Durchsetzung bestehender Regeln. Explizit wird das Parken von Kfz auf den Flächen anderer Verkehrsarten genannt.
- Der Bezirk Mitte fordert zur verstärkten integrierten Planung auf, um begrenzte Ressourcen effizient einzusetzen. Herr Reupke (SenMVKU IV) weist auf die Notwendigkeit der integrierten Planung über den Verkehr hinaus hin. Frau Dr. Stutz ermutigt alle, der Verwaltung dazu entsprechende Vorschläge zu nennen.

## **TOP 2:   Schwerpunktthema „Regeleinhaltung und Achtsamkeit im Straßenverkehr“**

Frau Irmscher (Polizei Berlin) und Herr Voigt (Ordnungsamt Steglitz-Zehlendorf) stellen die **Rechtsgrundlagen, Zuständigkeiten, Strategien und das Vorgehen aus Sicht der Polizei und**

**Ordnungsämter** dar (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 2 ff.). Beide gehen auch auf den Arbeitsaufwand und die damit verbundenen Grenzen des möglichen Handelns ein.

Frau Irmischer legt einen Schwerpunkt auf den „Gefahrenraum Kreuzung“ als wichtiger Teil der Rahmeneinsatzkonzeption. Dabei werden sämtliche sicherheitsrelevante Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden an Kreuzungen überwacht. Seit 2022 gibt es die Jahresplanung mit jährlich fünf monatlichen Schwerpunktsetzungen, bei denen ausgewählte Themen, wie beispielsweise das Halten und Parken auf Radwegen, besonders überwacht werden. Dabei werden auch die bezirklichen Ordnungsämter eingebunden.

Herr Voigt erklärt, dass die Zuständigkeit des bezirklichen Ordnungsdienstes an den Bezirksgrenzen endet und es im Außendienst der Ordnungsämter drei Berufsgruppen mit unterschiedlichen Aufgaben und Befugnissen gibt: Allgemeiner Ordnungsdienst, Verkehrsüberwachungsamt und Parkraumüberwachung. Der Verkehrsüberwachungsamt ist bis Ende 2023 befristet. Herr Voigt betont seine Bedeutung und plädiert für eine Fortsetzung. Zudem weist er darauf hin, dass die Wahrnehmung der Aufgaben in den einzelnen Ordnungsämtern unterschiedlich organisiert ist. Auch hat nicht jeder Bezirk Parkraumbewirtschaftungszonen. Das Ordnungsamt Steglitz-Zehlendorf geht vor allem Hinweisen nach, die Streifenfähigkeit ist nachrangig. Hinweise kommen aus der Bürgerschaft oder werden von der Polizei weitergeleitet. Mit der BVG ist eine noch bessere Abstimmung anzustreben, um doppelte Einsätze an zugeparkten Bushaltestellen und Bussonderfahrstreifen zu minimieren. Einsätze vor Schulen finden ganzjährig statt und sind so für die Eltern im morgendlichen Bringverkehr schwerer auszurechnen als die früheren Schwerpunkteinsätze zu Schuljahresbeginn.

Zu den Vorträgen diskutieren die Teilnehmenden folgende Aspekte:

- Die BVG stellt fest, dass sich mit bezirklichen Ordnungsämtern, der Polizei und der BVG in Berlin 14 unterschiedliche Akteure um die Verkehrsüberwachung kümmern. Bei sich zum Teil überschneidenden oder an den Bezirksgrenzen endenden Zuständigkeiten, könnte Potenzial zur Optimierung bestehen. Die der BVG übertragene Kompetenz zur Fahrzeugumsetzung helfe bei der schnelleren Räumung der Flächen für den Busverkehr, jedoch sei es nicht die originäre Aufgabe der BVG den Verkehrsraum zu überwachen.
- Herr Voigt stimmt zu und sieht die Unterstützung der BVG als Notlösung. Die Aufgabenteilung zwischen Polizei und Ordnungsamt sei vernünftig und gut abgestimmt. In Steglitz-Zehlendorf gibt es dazu auch gemeinsame Besprechungen mit allen drei Polizeiabschnitten des Bezirks. Künftig werde auch die Abstimmung mit der Feuerwehr verbessert.
- Der Bezirk Mitte erkundigt sich, ob das Ordnungsamtspersonal die Zeit während eines Umsetzungsvorgangs auch für andere Aufgaben nutzen kann. Herr Voigt erläutert, dass die Möglichkeiten auf den Nahbereich beschränkt sind, da mit der Ankunft des Fahrzeugführenden zu rechnen sei.

- Der Landesseniorenbeirat erkundigt sich nach der Fahrzeugumsetzung in Parkraumbewirtschaftungszonen, da für das umgesetzte Fahrzeug weiterhin Parkgebührenpflicht bestehe. Frau Irmischer und Herr Voigt erklären, dass dies eine große Herausforderung ist, für die eine Lösung gesucht wird.
- Der Landesseniorenbeirat weist darauf hin, dass zwei Drittel der schweren Fußverkehrsunfälle beim Queren auf freier Strecke stattfinden und empfiehlt, dies bei der polizeilichen Prioritätensetzung zu berücksichtigen.
- Die Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr sieht in der genauen Analyse und Kommunikation von Unfallstatistiken eine Möglichkeit zur Begründung von Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit. Dazu müssten die Unfallverursachenden und -arten klar benannt werden.
- Herr Prof. Schlag weist darauf hin, dass viele Unfälle des Fuß- und Radverkehrs nicht in der polizeilichen Unfallstatistik auftauchen.

Herr Prof. Schlag leitete vor seinem Ruhestand die Professur für Verkehrspsychologie an der TU Dresden. Er referiert zur **Verhaltenspsychologie und sozialen Normen im Straßenverkehr** (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 12 ff). Er betont die hohe Bedeutung von Gewohnheiten und für den Blick des eigenen Vorteils. Anpassungen des Verhaltens lassen sich u. a. dann bewirken, wenn der Aufwand zur Änderung gering und / oder die Strafhärte hoch sind. Um das Verhalten in die gewünschte Richtung zu leiten, schlägt Prof. Schlag vor, positive Zukunftsbilder zu erzeugen.

Zum Thema diskutieren die Teilnehmenden folgende Aspekte:

- Der FUSS e.V. fragt, warum das Strafmaß in Deutschland nach wie vor weniger streng ist als in vielen anderen Ländern. Laut Prof. Schlag gibt es darauf keine pauschale Antwort, jedoch ist festzustellen, dass Deutsche strengere Regeln im Ausland durchaus befolgen.
- Der FUSS e.V. sieht beim Fußverkehr im Gegensatz zu anderen Verkehrsarten eine mangelnde Identifikation mit der Verkehrsart. Prof. Schlag verweist auf die gestiegene Bedeutung des Wanderns als Freizeitbeschäftigung und von fußverkehrsfreundlichen Innenstädten, nicht zuletzt durch die Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“.
- Prof. Schlag sieht die Vision Zero als realistisches Ziel. Er verweist darauf, dass sie in einzelnen Stadtteilen bereits erreicht würde, die als positive Beispiele hervorgehoben werden können.
- Die Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr fragt, ob angesichts knapper Ressourcen wenige Leuchtturmprojekte oder mehr kleinere Verbesserungen sinnvoll seien. Prof. Schlag schlägt vor, beides zu probieren. Vorzeigeprojekte seien wichtig, um zu zeigen, was funktioniert. Neues müsse erlebbar gemacht und aktiv kommuniziert werden.
- SenMVKU spricht die Wirkung von Dialogdisplays an. Prof. Schlag verweist auf eine Evaluierung in Berlin, die einen Rückgang der Kfz-Geschwindigkeit von bis zu 3 km/h ergab.<sup>2</sup> Dies sei eine erhebliche Wirkung für eine vergleichsweise kleine Maßnahme. Es zeigte sich auch, dass die Wirkung nach Abbau der Displays schnell wieder nachließ.

---

<sup>2</sup> <https://www.udv.de/udv/themen/geschwindigkeitsanzeigen-dialog-display-wirkt-am-besten-81718>

- Die BVG unterstreicht den Wert positiver Zukunftsbilder, attraktive Wege zur Haltestelle sind anzustreben. Das fängt im Kleinen an, bspw. indem auch bei Baustellen ausreichend Platz für den Fußverkehr geschaffen wird.

### TOP 3: Informationen der Senatsverwaltung

Herr Orbeck (Referat IV F), Herr Dr. Hellenbach (Referat IV A) und Frau Dr. Wisken (Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr) informieren über **aktuelle Themen des Fußverkehrs** (siehe Anlage zum Protokoll, Seite 37 ff.).

- Der Entwurf des **Fußverkehrsplans** liegt der SenMVKU-Hausleitung zur Prüfung vor. Nach der anschließenden Einarbeitung ihrer Hinweise erfolgt die Beteiligung von Gremium Fußverkehr, Bezirken und Trägern öffentlicher Belange. Die Beteiligung wird rechtzeitig angekündigt und ausreichend lang sein. Die genaue Zeitschiene ist noch offen.
- Beim **Verkehrssicherheitsprogramm** beginnt im November 2023 das Mitzeichnungsverfahren und für Anfang 2024 sei der Senatsbeschluss zu erwarten. Zuletzt fanden eine Präzisierung der Maßnahmenplanung und damit verbunden viele Abstimmungen innerhalb der Verwaltung statt. Die Klärung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der an der Maßnahmenumsetzung beteiligten Fachverwaltungen bereitet die effektive Umsetzung des Programms vor.
- Der Konzeptentwurf **Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas** geht voraussichtlich im November 2023 an die SenMVKU-Hausleitung. Anschließend erfolgt die Beteiligung im Dialogforum. Für die längere Erarbeitungsdauer gibt es mehrere Gründe: Der Entwurf ist umfangreicher und ambitionierter als zu Projektbeginn erwartet; zudem habe es krankheitsbedingte Ausfälle beim Dienstleister und SenMVKU sowie einen Wechsel der Hausleitung gegeben.
- Herr Orbeck erläutert, dass die Verzögerungen bei der Erarbeitung der drei Dokumente dazu führen, dass sie nun etwa zeitgleich fertiggestellt werden. Die zuletzt parallele Erarbeitung wurde zur guten Abstimmung untereinander genutzt. Nun erfordere auch die Beteiligung eine gute Koordination, so dass alle Akteure angemessen zu den Dokumenten Stellung nehmen können.
- Das **Sofortprogramm zum Bau von Fußgängerüberwegen und Querungshilfen** ist Teil des 100 Tage-Programms des Senats. Alle Bezirke haben mit dem Senat eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen und nun unterstützt die Abteilung V der SenMVKU sie bei der Umsetzung von straßenverkehrsbehördlich bereits angeordneten Querungshilfen. Die Umsetzung erfolgt in Paketen und beginnt im Jahr 2024. Die finanziellen Mittel konnten erhöht werden.
- **Förderschwerpunkt des Fußverkehrs** im Doppelhaushalt 2024/2025 sind Querungsstellen; Barrierefreiheit, insbesondere Bordabsenkungen; Verkehrssicherheit, insbesondere bei Schulwegen und ggf. Gehwegsanierungen.
- In Folge einer Änderung des Berliner Mobilitätsgesetzes erfolgt eine **Umstrukturierung bei SenMVKU**. Die Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr wird in das Referat IV F integriert.

In der Diskussion werden folgende Dinge angesprochen:

- Der Landesseniorenbeirat wünscht sich die Unterstützung der Bezirke durch die Senatsverwaltung auch beim Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen.
- Die Polizei erkundigt sich nach dem Ausbau der Countdown-Signalisierung. Herr Orbeck teilt mit, dass die Signalgeber ab sofort bei Routine-Instandsetzungen installiert werden.
- Der BUND spricht sich angesichts der bevorstehenden Beteiligungen für rechtzeitige Ankündigungen und Fristen von 6 bis 8 Wochen aus. Eine längere Beteiligung sei bei dem insgesamt langen Bearbeitungsprozess vertretbar. Zudem wird nach nach der Einflussmöglichkeit gefragt, nachdem die Dokumente bereits vor der Beteiligung der SenMVKU-Hausleitung vorliegen. Herr Orbeck erklärt, dass die Vorlage bei der Hausleitung dem Regierungswechsel geschuldet sei. Nichtsdestotrotz bestehe ein großes Interesse an den Hinweisen aus der Beteiligung. Über den Umgang mit diesen und die finalen Dokumente entscheidet die Hausleitung und schließlich der Senat. Das Gremium Fußverkehr wird rechtzeitig über die geplanten Beteiligungen informiert. Gleichzeitige Beteiligungen werden sich ggf. nicht vermeiden lassen. Für das Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas kündigt Frau Dr. Wisken im Rahmen der Beteiligung einen Termin für persönliche Klärungen an.

#### **TOP 4: Fazit und Ausblick**

Herr Orbeck bedankt sich bei allen Teilnehmenden für ihre Beiträge und die konstruktive Sitzung mit ihrem breiten Themenspektrum sowie den vielfältigen dargestellten Belangen.

Die Sitzungstermine 2024 sind 14. März (Donnerstag), 25. Juni (Dienstag) und 14. November (Donnerstag), jeweils 11-15 Uhr. Hinweise und Themenvorschläge können alle Mitglieder jederzeit an [LK-Argus-fussverkehr@ramboll.com](mailto:LK-Argus-fussverkehr@ramboll.com) senden.